



**Arbeitsgemeinschaft**  
Swissaid • Fastenopfer  
Brot für alle • Helvetas  
Caritas • Heks

**Entwicklungspolitik**

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern  
Tel. +41 31 390 93 34 • Fax +41 31 390 93 31  
phofstetter@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch

**Medienkonferenz Bündnis gegen den Krieg  
Bern, 19. März 2003**

**Die bewaffnete „Demokratieförderung“ ist ein Trugschluss**

*Pepo Hofstetter, Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle,  
Helvetas, Caritas und Heks*

Sehr geehrte Damen und Herren

Die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks ist zutiefst besorgt über die Entwicklung, die die Krise um den Irak genommen hat. In acht Monaten obsessiver Beschäftigung mit dem Irak hat es die Administration Bush geschafft,

- den grossen Kredit zu verspielen, den die USA nach dem 11. September 2001 weltweit genossen haben,
- fast alle Staaten gegen sich aufzubringen und
- Millionen von Menschen überall zu Protesten auf die Strasse zu bringen.

Die Arroganz, mit der die amerikanische Regierung die UNO, das Völkerrecht und sogar die eigenen paar Verbündeten behandelt, ist nicht akzeptabel. Die ostentative Missachtung der Meinung und Interessen anderer ist für Kleinstaaten wie die Schweiz oder für die Entwicklungsländer ein böses Omen: Wir sind auf die Macht des Rechts angewiesen und haben vom Recht des Mächtigen nichts Gutes zu erwarten.

Die USA begründen den Krieg gegen Saddam Hussein unter anderem damit, eine „demokratische Neuordnung“ des Nahen Ostens anzustreben. Die Existenz von menschenverachtenden Regierungen in Entwicklungsländern – und die Diktatur Saddam Husseins gehört zweifellos zu den schlimmeren – ist tatsächlich ein gravierendes Problem, das die Hilfswerke aus der Arbeit vor Ort bestens kennen. Dass die früheren Kolonialmächte, die heute als Demokratien mit globalem Führungsanspruch auftreten, das Problem durch eine Art „bewaffnete Demokratieförderung“ lösen könnten, halten wir aber für einen gefährlichen Irrtum.

Erstens haben wir ernsthafte Zweifel an den Motiven dieser selbst ernannten „Demokratieförderer“. Wenn die aussenpolitische Strategie der USA eine unanfechtbare

Hegemonie-Stellung - auch gegenüber Europa – ins Zentrum stellt und sich als „neues Rom“ begreift, das auf allen Kontinenten die „Barbaren“ bekämpfen muss, dann geht es nicht um weltweite Demokratie, sondern um globale Kontrolle. Das ist auch der Grund, warum die „Demokratieförderer“ oft weiterhin zweifelhafte Regimes stützen, wenn diese in ihre geopolitischen Konzepte und in den „Kampf gegen den Terrorismus“ passen. Diese Doppelbödigkeit ist nicht nur eine Spezialität der USA. Frankreich betreibt seine Afrikapolitik im selben Geist.

Zweitens stellen wir fest, dass die Bedürfnisse und Wünsche der unterdrückten Menschen die bewaffneten „Demokratieförderer“ kaum kümmern, obwohl sie den Vorrang haben müssten. Im Irak empfinden die USA die Ansprüche der KurdInnen und der SchiitInnen eher als lästig; sie hoffen auf eine politische Alternative aus der Minderheit der Sunniten oder von Teilen der Armee. Und sie begrüßen es, dass die türkische Armee die KurdInnen daran hindern will, die Schlagworte von „Demokratie“ und „Befreiung“ allzu ernst zu nehmen. Weder in Afghanistan noch im Irak ging die so genannte „Demokratieerzwingung“ von den Betroffenen aus. Im Vordergrund stehen die imperialen Interessen des „Demokratieförderers“ selbst.

Washingtons Kriegskurs ist glücklicherweise auf eine breite internationale Opposition gestossen. Millionen von Menschen auf der ganzen Welt haben gegen die Kriegstreiberei protestiert; erstmals sind auch europäische Regierungen und Verbündete der USA in Opposition zu Washington gegangen. Leider hat es nicht ausgereicht, um den Krieg zu verhindern. Aber immerhin ist die „bewaffnete Friedensförderung“ noch keine „Unité de doctrine“ aller reichen Länder und wird auch vom Bundesrat abgelehnt. Dass das so bleibt, dafür wird sich die Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks weiterhin vehement einsetzen.

Wir sind nicht nur aus völkerrechtlichen Überlegungen gegen den Krieg, sondern vor allem auch, weil er für Hunderttausende, ja Millionen von Menschen Elend und Not bedeutet. Ich möchte nochmals betonen: Die Hilfswerke verstehen sich nicht als humanitäre Reparaturbetriebe, die Katastrophen lindern, weil die Politik versagt hat. Wir würde unsere Mittel lieber dafür einsetzen, den Frieden zu fördern und Entwicklungsprojekte zu realisieren: Schon hier gibt es mehr als genug zu tun.

Weitere Informationen:

Pepo Hofstetter, Tel. 031 390 93 34

Informationen zum Caritas-Engagement im Irak:

Livia Leykauf, Tel. 041 419 24 59